

Niederschrift

HDF/021/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt-, Digital- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 17.12.2024

Die heutige Sitzung des Haupt-, Digital- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weißling	fraktionslos	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr José Azevedo	CDU	Vertretung für Herrn Dr. Manfred Konietzko
Herr Bernhard Kleene	SPD	Vertretung für Frau Gabriele Leskow bis 18:28 (TOP 7)
Herr Prof. Dr. Thorben Winter	CDU	Vertretung für Herrn Christiaan Kaisel

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Herr Mark Dieckmann	Beigeordneter
Herr Jürgen Grimberg	Leiter Fachbereich 7
Herr Jürgen Wullkotte	Leiter Fachbereich 4
Herr Frank de Groot-Dirks	Leitung Bereich für BSPÖ/Betriebsleiter Stadtkultur Rheine
Herr Dr. Jochen Vennekötter	Betriebsleiter TBR
Frau Beate Bühlhoff	PV Finanzmanagement bis TOP 7 (18:26 Uhr)
Frau Julia Seebeck	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt-, Digital- und Finanzausschusses der Stadt Rheine mit dem Hinweis auf die Nutzung eines KI-Tools zur Protokollerstellung und der Aufzeichnung der Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 19.11.2024

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

4. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2025 Vorlage: 463/24

Herr Grimberg erläutert, dass eine Stellenmehrung im Fachbereich 7 für Digitalisierung und IT-Sachbearbeitung vorgesehen sei. Er betont die Notwendigkeit, um den Support dauerhaft zu gewährleisten und die Perspektive auf zukünftige Entwicklungen zu richten.

Herr Hachmann fordert eine Überprüfung der Kennzahlen im Haushaltsplan, da diese nicht mit den geschilderten Anforderungen übereinstimmen und bereits in der Vergangenheit Unstimmigkeiten aufwiesen. Er plädiert für eine kritische Betrachtung des Mehrwerts dieser Kennzahlen.

Herr Dr. Lüttmann erkennt die Problematik und deutet an, dass eine Reduzierung der Kennzahlen sinnvoll sein könne, um deren Validität zu erhöhen.

Herr Christian Jansen widerspricht und betont die Wichtigkeit von Kennzahlen für die politische Steuerung. Er lehne es ab, auf diese Steuerungselemente zu verzichten und fordert eine Verbesserung der Messsysteme, um verlässliche Daten zu erhalten. Er argumentiert, dass ohne korrekte Kennzahlen keine fundierte Diskussion über Stellenaufwuchs möglich sei.

Frau Friedrich äußert Bedenken bezüglich der Bewertbarkeit des Stellenbedarfs aus politischer Sicht und kritisiert die Intransparenz des Stellenplans. Sie vermisse organisatorische Konsequenzen aus Digitalisierungsprozessen, die zu Effizienzgewinnen führen sollten, und kündigt an, dass ihre Fraktion dem Stellenplan nicht zustimmen werde, wobei die Änderungen der CDU- und FDP-Fraktion mitgetragen werden können.

Herr Dr. Lüttmann verteidigt die Transparenz des aktuellen Stellenplans und betont, dass ein Grundvertrauen in die Verwaltung entscheidend sei.

Herr Dr. Lüttmann leitet zur Abstimmung ein und lässt über die Anträge der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Streichung einer Stelle Sachbearbeiter/-in Personenstandswesen aus dem Stellenplan:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

Umwandlung einer Stelle Sachbearbeiter/-in im Bürgerbüro in eine für 5 Jahre zeitlich befristete Stelle:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Streichung der Stelle Systemadministrator/-in TUIV aus dem Stellenplan:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltung

Beschluss:

Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den dieser Vorlage als Anlagen 1 – 5 beigefügten Gesamtstellenplan der Stadt Rheine inklusive der in der Sitzung beschlossenen Änderungen und den Stellenplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Rheine – Stellen der Beamten und Beamtinnen - (Anlage 8) für das Haushaltsjahr 2025.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

5. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2025 - 2028 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen Vorlage: 486/24

Herr Krümpel präsentiert die Ergebnisse der Fachausschussberatungen und erläutert die verschiedenen Beschlussvorschläge, die zur Abstimmung stehen werden.
Er berichtet anhand einer PowerPointPräsentation (Anlage 1 der Niederschrift) über den aktuellen Stand.

Herr Doerenkamp stellt Fragen zu spezifischen Posten im Haushaltsplan, die von Herrn Wullkotte beantwortet werden.

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Sonderbereich 2, Produktgruppe 23, Produkt 2332 Musikschule, Finanzplan,
Berichtszeile 26 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen:
Verminderung Hardware um 12.000 EUR auf 15.000 EUR in dem Jahr 2025

Frau Friedrich äußert Bedenken bezüglich der Plausibilität der Erhöhung der Bußgelder und bezeichnet sie als Luftnummer.

Herr Bems kritisiert die Anträge als Scheinverschiebungen und bezweifelt deren Effektivität für den Haushalt.

Herr Christian Jansen fordert eine Überprüfung der Zulässigkeit solcher Ansätze nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und betont, dass realistische Werte angesetzt werden sollten.

Herr Krümpel erklärt, dass der Bußgeldkatalog angepasst wurde, jedoch nicht bei Geschwindigkeitsüberschreitungen. Er erwähnt auch Pech mit Vandalismus und berichtet über einen Rückgang der Zahlen.

Herr Christian Jansen insistiert darauf, dass Werte nicht ohne realistische Erwartung erhöht werden sollten.

Herr Hachmann betont, dass die Zahlen sorgfältig und realistisch gewählt wurden und dass keine Scheinbuchungen vorgenommen wurden.

Herr Ortel sieht sowohl die Verwaltungsannahme als auch die Antragsannahme als Luftnummer und betrachtet den Antrag als Versuch einer minimalen Haushaltskosmetik.

Herr Bems weist darauf hin, dass solche Anträge am Ende gar nichts bringen. Er plädiert dafür, politische Leitplanken zu setzen und die Detailarbeit der Verwaltung zu überlassen.

Herr Brunsch rechtfertigt die Erhöhung mit einer Steigerung der Bußgelder um nicht einmal 4 % und verweist auf die Möglichkeit, die Ergebnisse im nächsten Jahr zu überprüfen.

Herr Dr. Lüttmann lässt sodann über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 3, Produktgruppe 32 öffentliche Sicherheit und Ordnung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 7 – Sonstige ordentliche Erträge
Erhöhung Bußgelder um 100.000 EUR auf 1.800.000 EUR in den Jahren 2025 ff.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 3, Produktgruppe 32 öffentliche Sicherheit und Ordnung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen um 13.000 EUR auf 290.000 EUR in den Jahren 2025 ff.

Herr Krümpel berichtet, dass der Brandschutzbedarfsplan um ein Jahr verschoben werde. Er erläutert, dass der Plan alle fünf Jahre erstellt werden müsse. 2026 müsste der nächste Plan fertig erstellt sein und dieser benötigt ca. 2 – 2 1/2 Jahre Vorlaufzeit.

Herr Hachmann erläutert, dass die Erstellung aufgrund der Neuaufstellung der gesamten Feuerwehrlandschaft zum jetzigen Zeitpunkt unnötig sei.

Herr Volker Brauer sieht Synergieeffekte, wenn der Brandschutzbedarfsplan direkt mit erstellt werde.

Herr Bems hätte sich bei der Aufbereitung der Anträge auch die Haltung der Verwaltung gewünscht. Er wünscht eine Klärung von der Verwaltung bezüglich der Kosten der Erstellung des Brandschutzbedarfsplans, wenn dieser schon in diesem Jahr erstellt werde.

Herr Krümpel gibt zu bedenken, dass eine Verschiebung bis zur Fertigstellung des neuen Feuerwehrgerätehauses nicht möglich sei.

Herr Christian Jansen fordert Klarheit über mögliche Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Fristen.

Herr Krümpel deutet an, dass viele Kommunen es nicht schaffen, die Fristen einzuhalten und die Bezirksregierung die Kontrollinstanz darstelle und die Stadt anmahnen würde.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 3, Produktgruppe 33 Feuerwehr/Rettungsdienst, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Sonstige Aufwendungen (Brandschutzbedarfsplan) um 35.000 EUR auf 26.000 EUR in dem Jahr 2025 und Erhöhung um 35.000 EUR auf 62.000 EUR in dem Jahr 2026.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	11	Ja-Stimmen
	11	Nein-Stimmen

Herr Dieckmann erläutert, dass eine Reduzierung der Mittel für Gutachten möglich sei. Es sei davon auszugehen, dass eine Umsetzung aller priorisierten Maßnahmen möglich sei.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 5, Produktgruppe 51 Stadtplanung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen für Gutachten um 30.000 EUR auf 200.000 EUR in dem Jahr 2025

Frau Friedrich fordert eine Erläuterung von der Verwaltung zur Begründung der Reduzierung der Mittel.

Herr Dieckmann erläutert, dass im Haushaltsentwurf bestimmte Zahlen unter den Zeilen 10 und 13 aufgeführt seien und schlägt vor, diese Positionen künftig unter dem Punkt Bauunterhaltung städtischer Gebäude gemeinsam zu führen.

Herr Gausmann betont, dass die Darstellung im Haushaltsplan irreführend gewesen sei. Außerhalb des Medienentwicklungsplanes gebe es keine EDV-Ausstattung an Schulen.

Herr Karl-Heinz Brauer zeigt sich irritiert über die Aussagen von Herrn Dieckmann, die im Widerspruch zu den Beratungen im Bau- und Mobilitätsausschuss stünden.

Herr Dieckmann erklärt, dass im Fachausschuss besprochen wurde, dass die Gelder für die Bauunterhaltung städtischer Gebäude genutzt werden, um den Wert der Gebäude zu erhalten.

Herr Gausmann ergänzt, dass Herr Dieckmann nur teilweise an der Haushaltsplanung beteiligt gewesen sei und dass es zu einer irreführenden Darstellung im Rahmen des Übergangs kam.

Herr Ortel plädiert dafür, auf die vorgeschlagene Kürzung zu verzichten, da die Mittel für die Gebäudeunterhaltung seit Jahrzehnten unterfinanziert seien und der sich ergebende Puffer genutzt werden sollte, um finanzielle Spielräume zu schaffen.

Herr Doerenkamp bezieht sich auf die Bauunterhaltung der städtischen Gebäude und die Mittel, die dafür im Haushalt eingeplant seien. Er weist darauf hin, dass für das Jahr bereits erheblich mehr Mittel eingeplant wurden.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 5, Produktgruppe 52 Gebäudemanagement, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen EDV-Infrastruktur Schulen um 50.000 EUR in den Jahren
2025 ff.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 5, Produktgruppe 52 Gebäudemanagement, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen Brandschutzprogramm um 200.000 EUR in den Jahren
2025 ff.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen:

Fachbereich 7, Produktgruppe 71 Service Organisation, Ergebnisplan,
Berichtszeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen
Verminderung Aufwendungen Mitgliedsbeitrag KAI in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanz-
planung um 5.000 EUR in den Jahren 2027 und 2028

Herr Gausmann erläutert aufgrund des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Gründe für die Erhöhung der Kita-Beiträge. Er erläutert, dass bei Verzicht auf Beitragserhöhungen im Bereich der Offenen Ganztagschule voraussichtlich Mindereinnahmen von 45.000 Euro, in der Tagespflege Mindereinnahmen von 33.000 Euro und in der Kita Mindereinnahmen auf 156.000 Euro zu erwarten seien, was insgesamt eine Summe von etwa 234.000 Euro ergäbe.

Herr Christian Jansen fragt nach, ob die Erhöhungen, die im Haushalt eingestellt wurden, bereits bekannt waren und ob diese auf die KiBiz-Pauschale zurückzuführen seien.

Herr Gausmann bestätigt dies und erläutert die Unsicherheiten bezüglich der genauen Höhe der Pauschale und der damit verbundenen Beiträge.

Herr Christian Jansen erkundigt sich nach der genauen Höhe und versteht, dass für das Jahr 2024 eine Erhöhung von 10 % bis zum 31. Juli und anschließend von 6 % für den Rest des Jahres angesetzt werde.

Herr Gausmann bestätigt die Erhöhungswerte und führt aus, dass die finanziellen Auswirkungen der Deckelung der Höchstbeitragsstufe noch unklar seien, da die entsprechende Verordnung fehle.

Herr Christian Jansen bezieht sich auf die Konsequenzen für den Haushalt, sollte man sich gegen eine Erhöhung entscheiden. Er vermutet, dass dies zu einem Nachtragshaushalt führen könnte.

Herr Gausmann erklärt, dass zwei Stellschrauben existieren. Zum einen die ungewisse KiBiz-Erhöhung und zum anderen die Ausgabesituation. Er empfiehlt, die Entscheidung über die Erhöhung zu vertagen, bis genauere Zahlen vorliegen.

Herr Krümpel merkt an, dass eine Reduzierung der Einnahmen um 3,3 Millionen Euro problematisch wäre, da die Haushaltsrücklage nur 14 Millionen Euro betrage.

Herr Gausmann teilt mit, dass die 234.000 Euro nicht alleine zu einem Nachtragshaushalt führen würden.

Herr Wullkotte informiert darüber, wann eine Nachtragssatzung notwendig wäre.

Herr Doerenkamp fragt nach der Aktualisierung der Rahmenleitlinie zur Ausführung des Haushaltsplans und ob managementbedingte Vorteile weiterhin im Fachbereich verbleiben können.

Herr Wullkotte erläutert, dass die erste von drei Rahmenlinien bereits aktualisiert wurde und die Weiteren folgen werden. Bis zur Anpassung der Rahmenleitlinie werden keine managementbedingten Vorteile gewährt werden.

Frau Friedrich erläutert die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die finanzielle Planung für die Schulwegsicherung im Zusammenhang mit dem Umzug der Südeschule und schlägt vor, pauschal 100.000 Euro für erste Sicherungsmaßnahmen einzustellen. Außerdem solle aufgrund des Wegfalls der Gewerbesteuererhöhung eine Kürzung der Gesamtaufwendungen um ein Prozent erfolgen.

Herr Gausmann erklärt, dass eine individualisierte Busverkehrsregelung bestehe und Planungen für 2 Querungen zur Schulwegsicherung im Gange seien. Er sehe keine Notwendigkeit für zusätzliche Mittel, da unvorhergesehene Ausgaben aus dem Gesamtbudget gedeckt werden können.

Herr Dieckmann ergänzt, dass die Planungen für die Querungen bereits laufen und die Abstimmung mit den Straßenbaulastträgern fortgesetzt werden. Er schlägt vor, die 100.000 Euro nicht in den Haushalt einzustellen, da Prioritäten im Budget gesetzt werden können, um notwendige Maßnahmen zu finanzieren.

Herr Christian Jansen betont, dass mit der Elterninitiative intensiv gesprochen worden sei. Die Erwartungshaltung eines sicheren Schulwegs sei deutlich in Richtung Politik und Verwaltung formuliert worden.

Herr Christian Jansen möchte von der Verwaltung wissen, ob ausreichend Mittel für die Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen vorhanden seien. Er signalisiert, dass der Antrag zurückgezogen werden könne, wenn die Verwaltung bestätigte, dass die Mittel vorhanden seien.

Herr Dr. Lüttmann versichert, dass ein Beitrag zur Verkehrssicherheit nicht am Budget scheitern werde, aber die Erwartungshaltung kritisch hinterfragt werden müsse.

Herr Stefan Gude weist auf das geordnete Verfahren des Schulausschusses hin, welcher das Thema abgearbeitet habe. Der Antrag sei nicht notwendig.

Herr Ortel betont, dass es wichtig sei, die Gründe zu erklären, die nicht auf einen Mangel an Geld zurückzuführen seien, wenn die Erwartungshaltung nicht erfüllt werden könne.

Herr Gausmann erläutert, dass in der Schulpflegschaftssitzung die Themen Geld, Planung und Abstimmung mit Straßenbaulastträgern angesprochen wurden und dass Maßnahmen, die schneller als erwartet umgesetzt werden können, selbstverständlich durchgeführt werden.

Frau Friedrich zieht den Antrag zur Schulwegsicherung für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Herr Krümpel bezieht sich auf den Antrag, 1 % der Aufwendungen einzusparen und lehnt eine pauschale Kürzung der Mittel für 2025 ab, was in der Fraktionsberatung bereits erklärt worden sei, da dies zu einer Haushaltssperre führen könnte.

Herr Bems hält eine pauschale Kürzung von 1% quer durch den Haushalt für nicht sinnvoll und bevorzugt eine detaillierte Prüfung von Einsparpotenzialen.

Herr Ortel sieht das Problem darin, dass die Verwaltung aufgefordert werde, eigenständig Einsparpotenziale zu identifizieren, was implizieren würde, dass Reserven vorhanden seien.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen:

Sonderbereich 95, Produktgruppe 91 Zentrale Finanzleistungen, Ergebnisplan,
Berichtszeile 30 – Globaler Minderaufwand
Planung in Höhe von 1 % der Ordentlichen Aufwendungen in dem Jahr 2025

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
 19 Nein-Stimmen

Beschluss:

1. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Fachausschüsse gemäß den Anlage 1 bis 3 zur Kenntnis und stimmt den vorgeschlagenen Budgetveränderungen und den geänderten Verpflichtungsermächtigungen zu.
2. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss stimmt den in der Begründung unter Buchstabe B, Nummer 2 – Sonstige Änderungen in den Fach- und Sonderbereichsbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.

2a. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss beschließt folgende weitere Änderungen:

Sonderbereich 2, Produktgruppe 23, Produkt 2332 Musikschule, Finanzplan,
Berichtszeile 26 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen:
Verminderung Hardware um 12.000 EUR auf 15.000 EUR in dem Jahr 2025

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

Fachbereich 3, Produktgruppe 32 öffentliche Sicherheit und Ordnung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 7 – Sonstige ordentliche Erträge
Erhöhung Bußgelder um 100.000 EUR auf 1.800.000 EUR in den Jahren 2025 ff.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
 9 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

Fachbereich 3, Produktgruppe 32 öffentliche Sicherheit und Ordnung, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen um 13.000 EUR auf 290.000 EUR in den Jahren 2025 ff.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

Fachbereich 5, Produktgruppe 51 Stadtplanung, Ergebnisplan,

Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen für Gutachten um 30.000 EUR auf 200.000 EUR in dem Jahr 2025

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	16	Ja-Stimmen
	5	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Fachbereich 5, Produktgruppe 52 Gebäudemanagement, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen EDV-Infrastruktur Schulen um 50.000 EUR in den Jahren 2025 ff.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Fachbereich 5, Produktgruppe 52 Gebäudemanagement, Ergebnisplan,
Berichtszeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Verminderung Aufwendungen Brandschutzprogramm um 200.000 EUR in den Jahren 2025 ff.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	14	Ja-Stimmen
	5	Nein-Stimmen
	3	Stimmenthaltung

Fachbereich 7, Produktgruppe 71 Service Organisation, Ergebnisplan,
Berichtszeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen
Verminderung Aufwendungen Mitgliedsbeitrag KAI in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung um 5.000 EUR in den Jahren 2027 und 2028

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	16	Ja-Stimmen
	6	Stimmenthaltung

Analog zu den Beschlüssen zu TOP 4

Fachbereich 3, Produktgruppe 34 Bürgerservice, Ergebnisplan,
Berichtszeile 11 – Personalaufwendungen
Verminderung um 37.100 EUR auf 1.722.837 EUR in dem Jahr 2025
Verminderung um 76.500 EUR auf 1.871.857 EUR in dem Jahr 2026
Verminderung um 78.800 EUR auf 1.920.700 EUR in dem Jahr 2027
Verminderung um 81.100 EUR auf 1.978.451 EUR in dem Jahr 2028

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Analog zu den Beschlüssen zu TOP 4

Fachbereich 7, Produktgruppe 71 Service Organisation, Ergebnisplan,
Berichtszeile 11 – Personalaufwendungen
Verminderung um 37.100 EUR auf 2.480.943 EUR in dem Jahr 2025
Verminderung um 76.500 EUR auf 2.502.006 EUR in dem Jahr 2026
Verminderung um 78.800 EUR auf 2.534.358 EUR in dem Jahr 2027
Verminderung um 81.100 EUR auf 2.610.474 EUR in dem Jahr 2028

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltung

3. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 91 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß der Anlage 4 unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Nummer 3 enthaltenen Erläuterungen zu.
4. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2025 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2025 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.
5. Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

6. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt-, Digital- und Finanzausschuss

Herr Dr. Lüttmann verweist auf die im Gremieninformationssystem eingestellte Eingabe und den dazugehörenden Verfahrensvorschlag.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

7. Anfragen und Anregungen

7.1. Veröffentlichung von Informationen, Anfrage von Herrn Weßling

Herr Weßling bezieht sich auf einen Bericht der Münsterländischen Volkszeitung zur Triebwagenhalle und äußert Bedenken bezüglich der Veröffentlichung von Informationen durch die CDU-Fraktion aus nichtöffentlichen Sitzungen und fordert Klarheit über die Handhabung von Vertraulichkeit.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass nur eine Folie, mit Zustimmung und ohne Namen des Investors, gezeigt worden sei.

Ende des öffentlichen Teils: 18:27 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin